

freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) e.V.
Wöhlertstr. 19
10115 Berlin

1. Für wie wichtig halten Sie eine Erhöhung des BAföGs

wichtig

2. Für wie wichtig halten Sie die Umwandlung des jetzigen BAföGs in einen Vollzuschuss?

sehr wichtig

3. Wie wichtig ist Ihnen die Einführung eines elternunabhängigen BAföGs?

sehr wichtig

4. Wie wichtig ist Ihnen die Einführung eines altersunabhängigen BAföGs?

sehr wichtig

5. Wie wichtig ist Ihnen die Einführung eines herkunftsunabhängigen BAföGs?

sehr wichtig

6. Für wie wichtig halten Sie ein Förderprogramm des Bundes zur Schaffung von mehr bezahlbarem studentischen Wohnraum?

sehr wichtig

7. Wie wichtig sind Ihnen die anteilige Finanzierung der Hochschulen durch die Studierenden?

unwichtig

8. Wie wichtig ist Ihnen ein Programm zur Förderung von studentischen Auslandsaufenthalten, das sowohl die Anerkennungsverfahren als auch die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert?

wichtig

9. Wie wichtig ist Ihnen eine starke verfasste studentische Interessenvertretung auf Bundesebene?

sehr wichtig

10. Wie wichtig ist Ihnen die Einführung von Quoten zur Gleichstellung an Hochschulen?

weniger wichtig

11. Wie wichtig ist Ihnen, dass Hochschulen ausschließlich für zivile Projekte gefördert werden?

wichtig

12. Für wie wichtig halten Sie die Fortsetzung der Exzellenzförderung?

unwichtig

13. Für wie wichtig halten Sie den bedarfsorientierten Ausbau von Studienplätzen?

sehr wichtig

14. Wie wichtig ist Ihnen beim Ausbau der Studienplätze der Ausbau der Masterstudienplätze?

wichtig

15. Wie wichtig ist Ihnen die freie Verfügbarkeit von Hochschulforschungsergebnissen für die Allgemeinheit?

sehr wichtig

16. Wie wichtig ist Ihnen die Einbindung von Wirtschaftsvertreter*innen in die Entscheidungsgremien der Hochschulen?

unwichtig

17. Wie wichtig ist Ihnen die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei wissenschaftspolitischen Belangen?

sehr wichtig

18. Für wie wichtig halten Sie die Stärkung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen?

sehr wichtig

19. Für wie wichtig halten Sie die Weiterführung des Deutschlandstipendiums?

weniger wichtig

20. Wie wichtig ist Ihnen die Einbindung der studentischen Vertretung in bundespolitische Belange, die Studierende betreffen?

sehr wichtig

21. Wie wichtig ist Ihnen die Stärkung der bundespolitischen Verantwortung in der Wissenschaftsfinanzierung zur Stärkung schwächerer Regionen?

wichtig

1. Sozialpolitik

1.1 Welche Vorstellungen haben Sie zur Zukunft des BAföG?

Es soll durch ein einkommensunabhängiges Bildungsgrundeinkommen ersetzt werden.

1.3 Treten Sie dafür ein, dass der Bund den Wohnraumbau zur Linderung der Wohnungsnot fördert?

Ja. Wohnraum muss für alle bezahlbar sein. Derzeit ist eine starke soziale Entmischung in den Städten zu beobachten, die sich besonders deutlich in einer zunehmenden Konzentration von einkommensschwachen Haushalten in den Großwohnsiedlungen am Stadtrand sowie einer intensiven Gentrifizierung - also einer Aufwertung mit weitreichenden sozialen Folgen - der innerstädtischen Altbauquartiere äußert. Der Gentrifizierung ist durch integrierte, partizipative und transparente Planung sowie stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte entgegenzuwirken. Darüber hinaus ist ein Wiedereinstieg des Bundes in den sozialen Wohnungsbau unabdingbar.

2. Frauen- und Genderpolitik

2.1 Welche Diversitystrategie würden sie an den Hochschulen befürworten?

Wir wollen Barrieren (z.B. gläserne Decken; Stereotype; Frauen de facto benachteiligende Steuermaßnahmen, Arbeitsmarktausschlüsse für Migrant*innen etc.) abbauen und Diskriminierung verhindern, z.B. durch anonyme Bewerbungsverfahren an Hochschulen, ein starkes AGG und starke Gleichstellungsbeauftragte. Außerdem braucht es mehr Vereinbarkeit von Familie und Hochschule, z.B. durch Kinderbetreuung vor Ort und indem die familienpolitische Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetz verbindlich ausgestaltet wird. Wir brauchen weiterhin ein Bildungsgrundeinkommen, das es allen ermöglicht, zu studieren und sich wissenschaftlich zu qualifizieren – unabhängig von Elternhaus und Herkunft, zeitlicher Belastung durch

Kindererziehung oder Pflege und dem eigenen Geldbeutel. Zu der Frage, in welchem Maße wir auch Affirmative Action (z.B. spezielle Fördermaßnahmen für unterrepräsentierte Gruppen, Quoten etc.) einsetzen wollen, ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen. Einen Zwischenstand der diesbezüglichen Diskussion finden Sie in unserer Antwort auf 2.3.

2.2 Inwiefern werden Sie die Voraussetzungen für die Forschungsförderung aus Bundesmitteln ändern (hinsichtlich Gleichstellungs- und anderen Mindeststandards z.B. zur Verhinderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse)?

Inwiefern wir die Voraussetzungen für die Forschungsförderung ändern würden, um diese von uns auch geteilten Ziele zu erreichen, haben wir noch nicht entschieden.

2.3 Sind Sie für verbindliche Zielquoten zur Gleichstellung von Frauen, Behinderten, Migrant*innen und anderen benachteiligten Gruppen an Hochschulen, wie sie der Wissenschaftsrat fordert?

Wir haben uns mit einer 91%-Zustimmung in unserem basisdemokratischen Meinungsbildungswerkzeug "LiquidFeedback" dafür ausgesprochen, das Templer Manifest der GEW zu unterstützen. Darin heißt es:

"Da Frauen in leitenden Funktionen des Wissenschaftsbetriebs unterrepräsentiert sind, brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Anteil der Frauen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses zu erhöhen. Die Qualität der Arbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss danach beurteilt werden, mit welchem Erfolg sie den Gleichstellungsauftrag erfüllen. Wir fordern eine verbindliche und mit Sanktionen verknüpfte Quotierung, auch bei der Besetzung von Professuren und Leitungsfunktionen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen wirksame Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte."

2.4 Setzen Sie sich für eine geschlechtergerechte Formulierungen in Bundesgesetzen ein?

In der Piratenpartei schreiben üblicherweise alle so, wie es ihren eigenen Präferenzen entspricht – vom generischen Maskulinum bis zum Gender Gap und -Sternchen sind alle Typen vertreten. Wir haben weder eine vorgeschriebene Schreibweise innerhalb der Partei, noch haben wir bereits einen Beschluss gefasst, uns für eine bestimmte Schreibweise z.B. in Gesetzen politisch einzusetzen. In der Praxis entscheiden bisher daher die Abgeordneten selbst. So haben wir uns im Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksparlament beispielsweise dafür eingesetzt, die Sprachregelungen der Bezirksverwaltung von einer nur binärgeschlechtlichen Beidnennung zur Miteinbeziehung von queeren Identitäten via Gap oder Sternchen zu verändern oder ein generisches Femininum zu nutzen. Konsensfähig in der Partei sind vor allem geschlechtsneutrale Formulierungen ("Studierende").

3. Hochschulfinanzierung

3.1 Wie positionieren Sie sich zu einer Aufhebung des Kooperationsverbots? Was wäre das Ziel, das mit einer Aufhebung des Kooperationsverbotes verbunden wäre?

Wir setzen uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen – vor allem angesichts des Stellenwertes guter Bildung

und der kommenden Herausforderungen, z.B. beim Ausbau von Studienplätzen an den Hochschulen oder beim Paradigmenwechsel zur Inklusion in den Schulen. Forderungen anderer Parteien, das Kooperationsverbot partiell zur Bevorzugung ausgewählter Bereiche wie der Exzellenz-Universitäten zu lockern, erteilen wir eine Absage: Wir bestehen auf einer Besserstellung des gesamten Bildungssystems.

3.2 Soll die Exzellenzinitiative über 2017 hinaus fortgesetzt werden?

Nein. Die finanzielle Bevorzugung einzelner Forschungsfelder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit, wie zum Beispiel bei der Exzellenzinitiative, gefährdet Freiheit und Vielfalt der Forschung. Innovation findet auch in den Bereichen statt, die nicht im Fokus des medialen (und ökonomischen) Interesses liegen. Aus diesem Grund lehnt die Piratenpartei kurzfristige Projektförderung ab und setzt sich für eine verbesserte grundständige Finanzierung der Hochschulen ein.

3.3 Welche Maßnahmen werden Sie hinsichtlich der Schuldenbremse 2020 in der Wissenschaftspolitik einleiten?

Natürlich streben auch wir einen ausgeglichenen Haushalt und die Reduzierung der Schuldenlast an. Wir wollen dies aber nicht um jeden Preis, kritisieren die Schuldenbremse an verschiedenen Stellen und halten insbesondere Sparen bei Bildung und Forschung für Sparen an der falschen Stelle: "Keine Bildung ist zu teuer". Die Ausgaben im Bildungssektor liegen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren unter dem OECD-Durchschnitt. Zu Recht wird diese Sparsamkeit an der falschen Stelle von der OECD gerügt. Die Piratenpartei fordert daher eine Anhebung der Ausgaben in Bildung und Forschung auf mindestens auf den OECD-Durchschnitt.

3.4 Wie positionieren Sie sich zu allgemeinen Studiengebühren? Werden Sie das Thema im Wissenschaftsausschuss des Bundestages nochmal behandeln?

Wir lehnen Bildungsgebühren jeglicher Art für steuerfinanzierte Bildungseinrichtungen kategorisch ab. Wir unterstützen folglich Schritte hin zur vollständigen Abschaffung und "Ächtung" von Studiengebühren, zu denen eine erneute Behandlung im Wissenschaftsausschuss gehören kann.

3.5 Wie werden Sie mit dem Hochschulpakt umgehen?

Der Hochschulpakt muss kurzfristig aufgestockt werden, da die Mittel nicht ausreichen und mehrfach die geschätzte Zahl benötigter Studienplätze übertroffen wurde. Mittelfristig wollen wir das Kooperationsverbot abschaffen und eine ständige grundständige Finanzierung der Hochschulen durch den Bund sicherstellen, statt auf befristete Finanzierung zu setzen.

3.6 Sehen Sie Änderungsbedarf bzgl. des Hochschulrahmengesetzes?

Momentan nicht.

3.7 Welche Maßnahmen möchten Sie gegen prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft unternehmen?

Die PIRATEN bekennen sich zum sog. "Templiner Manifest". Dieses beinhaltet die Forderungen nach besseren Bedingungen und Perspektiven für Promovierende, Dauerstellen und reguläre Beschäftigung, bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Beschäftigten mit betreuungs- und pflegebedürftigen Angehörigen und entsprechender Arbeitszeitmodelle, einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis, einer gleichberechtigten, demokratischen Selbstverwaltung, Förderung statt Bestrafung von Mobilität, einem bedarfs- und nachfragegerechten Forschungs- und Hochschulausbau und einer Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten in Hochschule und Forschung.

Konkret haben wir uns mit einer 91%-Zustimmung in unserem basisdemokratischen Meinungsbildungswerkzeug "LiquidFeedback" für folgende Ziele ausgesprochen:

1. Für Doktoranden: Tarifverträge mit Sozialversicherungsschutz, mind. 3/4 der Arbeitszeit müssen für die eigene Qualifizierung vorgesehen sein. Einrichtung unterstützender Graduiertenzentren. Transparenz und soziale Gerechtigkeit beim Zugang. Status voller Hochschulmitglieder mit Wahlrecht.
2. Für Postdocs: Tenure Track, der dauerhaften Verbleib an Hochschule ermöglicht, auch wenn keine Berufung erfolgt. Hochschullehrer muss man auch ohne Habilitation sein können.
3. Für "Berufswissenschaftler": Es muss berufliche Perspektiven neben der Professur geben – Stellen, die Wissenschaft als Beruf ermöglichen, ohne Qualifikationsstellen oder Professuren zu sein.
4. Für prekär Beschäftigte: Wer daueraft lehrt und prüft, soll sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Reine "Ergänzungslehraufträge" sind in Ordnung, es braucht aber faire Mindeststandards.
5. Für Alle: Work Life Balance. Hochschule und Forschung müssen familiengerecht sein: Gute Betreuungseinrichtungen; geeignete Arbeitszeitmodelle.
6. Tarifvertrag für alle Wissenschaftler und studentischen Beschäftigten: Tarifverträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten ausdehnen. Verbot, Regelungen zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln, aufheben: Tarifsperrre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz streichen!

3.8 Werden Sie Maßnahmen unternehmen, um Transparenz bei der Drittmittelvergabe herzustellen?

Aber unbedingt, Transparenz ist eines unser Lieblingsthemen.

3.9 Wie positionieren Sie sich zu Rüstungsforschung oder Dual-Use-Forschung an öffentlichen Hochschulen?

In der Partei gab es eine Initiative für eine Zivilklausel, die die Hochschulen dazu verpflichtet, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen und zu lehren. Diese Initiative erreichte nicht die erforderliche Mehrheit, nachdem Mitglieder argumentierten, dass mit zunehmender IT-Lastigkeit der Rüstungsforschung auch Forschungsgebiete wie die Mathematik oder Informatik in den Wirkungsbereich einer Zivilklausel fallen könnten.

So fällt etwa in den USA Kryptographie bereits unter das Waffengesetz. Spätestens im Angesicht der Überwachungsskandale ist aber deutlich geworden, wie wichtig die Forschung und der

öffentliche Zugang zu kryptographischen Verfahren ist. Wir sehen Universitäten auch als einen Ort möglicher Gegenöffentlichkeit, die helfen können, ein starkes Wissensungleichgewicht zwischen Bevölkerung und Regierung oder Bevölkerung und Unternehmen zu verhindern. Eine Zivilklausel empfinden wir daher als in der Intention sehr sympathisch, aber nicht mehr zeitgemäß.

Wir haben allerdings einen anderen Lösungsvorschlag für das eigentliche Problem: Wir wollen, dass alle mit öffentlichen Geldern finanzierten Forschungsergebnisse gebührenfrei der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müssen ("Open Access"). Wir gehen davon aus, dass sich das Problem damit ein Stück weit von selbst erledigt, da Rüstungsforschung, deren Ergebnisse allen überall auf der Welt gebührenfrei über das Internet zur Verfügung stehen, weitestgehend hinfällig wird.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass zur Kriegsführung bestimmte Waffen in Deutschland weder hergestellt, noch befördert oder in Verkehr gebracht werden dürfen.

4. Lehre und Studium

4.1 Wie wollen Sie die weiteren Entwicklungen des Bologna-Prozesses weiter begleiten und auch gestalten?

Unter der Vorgabe der internationalen Vergleichbarkeit der Abschlüsse wurde die Studienlandschaft in den letzten Jahren im Rahmen des Bologna-Prozesses tiefgreifend umgebaut. Die Verkürzung der Studiengänge geht einher mit oberflächlichem und verschuldetem Lernen und einer nicht hinnehmbaren Zahl von Studienabbrechern. Die Reform war mit einem Qualitätseinbruch verbunden, ohne tatsächlich Vergleichbarkeit zu erreichen. Wir streben daher eine kritische Revision des Bologna-Prozesses an.

4.2 Planen Sie die Ausrichtung einer nationalen Bolognakonferenz? Was wären aus Ihrer Sicht aktuelle Leitthemen einer solchen Konferenz?

Eine solche Konferenz planen wir derzeit nicht, der Vorschlag klingt aber sinnvoll und wir haben ihn uns notiert.

4.3 Wie stehen Sie zu der Diskussion um Bundeshochschulen?

Wir sind dagegen, nur einzelne, als exzellent geltende Hochschulen direkt durch den Bund zu fördern. Wir bestehen stattdessen auf einer Besserstellung der gesamten Hochschullandschaft, wofür wir u.a. das Kooperationsverbot abschaffen wollen.

4.4 Wie stehen Sie zum Portal hochschulstart.de und dem dialogorientierten Serviceverfahren (DOSV) und welche Ansätze haben Sie für eine erfolgreiche Implementierung des Systems?

Wir danken für den Hinweis auf die entsprechenden Instrumente und halten sie auf den ersten Blick für interessant. Wir werden uns intensiv mit ihnen beschäftigen. Weitergehende Aussagen können wir leider noch nicht treffen.

4.5 Wie stehen Sie zum Portal hochschulwatch.de, das fragwürdige Einflussnahmen von Wirtschaft auf Wissenschaft aufdecken möchte?

Wie Abgeordnetenwatch.de halten wir Hochschulwatch.de für ein hervorragendes Element, um Transparenz in den wissenschaftlichen Betrieb einzuführen. Das Thema wirtschaftlicher Einflussnahme auf die Wissenschaft ist uns besonders wichtig.

4.6 Welche Maßnahmen werden Sie auf Bundesebene zur Förderung der Qualität der Lehre einleiten oder verstetigen?

Grundsätzlich kann Lehre nur an entsprechend ausfinanzierten Lernorten funktionieren. Überfüllte Säle, Bibliotheken mit reduziertem Angebot, Technik von vorgestern und Dozenten die sich mehr um Drittmittel kümmern müssen, statt qualitativ hochwertige Lehre zu bieten, können nicht funktionieren.

Ebenso ist es schwierig, unter finanzieller Existenzangst, der Nicht-Vereinbarkeit von Studium und Familie oder ohne Rücksicht auf persönliche Lebensumstände Inhalte zu verstehen, auch über die Prüfung zwischendurch hinaus. Finanzielle Absicherung der Studenten durch langfristig ein Bildungsgrundeinkommen und kurzfristig die lebensnahe Anhebung des BAFöG wären hier erste Schritte.

Das gilt aber auch für die andere, die lehrende Seite. Die Piratenpartei Deutschland spricht sich dafür aus, § 2 Absatz 1 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) zu streichen. Das WissZeitVG ist so zu überarbeiten, dass befristete Verträge mit nach oben offener Laufzeit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Haushalts- und Drittmittelstellen vergeben werden können, ohne eine Maximalbeschäftigungsgrenze zu benennen.

4.7 Wie stehen Sie zum Promotionsrecht an Fachhochschulen?

Wir haben zu dieser konkreten Frage noch keinen Beschluss gefasst. Anhand unserer sonstigen bildungspolitischen Positionierungen ist aber sehr stark zu vermuten, dass sich unsere Mitglieder für ein Promotionsrecht an Fachhochschulen aussprechen würden, um Absolvent*innen von Universitäten und Fachhochschulen gleiche Möglichkeiten der weiteren Qualifikation zu geben.

4.8 Wie stehen Sie zum „Recht auf Masterstudiengänge“?

Wir sind dafür. Wer ein Studium beginnt, muss es mit dem Master beenden dürfen. Ein Bachelor ist oft nicht berufsqualifizierend - und selbst wenn er es immer wäre: Wir sind der Meinung, dass es ein Recht auf freien Zugang zu Wissen und Bildung gibt.

4.9 Welche formalen Zugangsvoraussetzungen sollten ihrer Ansicht nach bei Masterstudiengängen erlaubt sein?

Im klassischen System der Diplom- und Magisterstudiengänge bedurfte es lediglich des Vordiploms, um in das Hauptstudium zu wechseln und nach den entsprechenden bestandenen Prüfungen mit dem Diplom zu beenden. Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe, warum dies bei der Umstellung auf die Masterstudiengänge nicht mehr gelten soll.

5. Lehramtsausbildung

5.1 Ist eine Angleichung/Vereinheitlichung der Lehramtsstudiengänge geplant und wie würde diese aussehen?

Dazu haben wir noch keinen Beschluss auf Bundesebene. Zudem wäre eine Entscheidung dazu nur im Rahmen der KMK möglich.

5.2 Sind Exzellenzinitiativen Ihrer Meinung nach geeignete Maßnahmen, um die Qualität der Lehrer*innenbildung in der Fläche zu verbessern?

Nein.

5.3 Wie begründen Sie die unterschiedlichen Bezahlungen der Beschäftigten in den verschiedenen Schulformen?

Zwar haben wir auch in dieser Frage keine konkrete Beschlusslage, können jedoch nicht nachvollziehen, warum die Lehre an Grundschulen einen anderen Wert haben soll, als die Lehre an weiterbildenden Schulen. Denn jede Art der Bildung ist auf ihre Art wichtig und eine höhere Bildung kann nicht auf einer nicht-vorhandenen Grundbildung aufbauen.

5.4 Welche Vor- und/oder Nachteile erkennen Sie im mehrgliedrigen Schulsystem?

Im europäischen Vergleich fällt Deutschland durch eine besonders hohe soziale Selektion im Bildungssystem auf. Durch die frühe Aufteilung in verschiedene Schultypen ist der Bildungserfolg besonders von den finanziellen Mitteln und dem Bildungshintergrund des Elternhauses abhängig. Daher unterstützt die Piratenpartei das lange gemeinsame Lernen unterschiedlicher Schüler in Schulen mit Binnendifferenzierung. Damit allein ist es allerdings noch nicht getan, z.B. müssen Lehrkräften in ihrer Aus- und Weiterbildung auch für unbewusste Selektionsmechanismen sensibilisiert werden. Ihnen sollte beispielsweise vermittelt werden, wie sich ihre eigene Herkunft, Bildung und gesellschaftliche Positionierung unbeabsichtigt auf ihren Unterricht und ihre Leistungsbewertungen auswirkt. In bevölkerungsarmen Gegenden wirkt sich ein mehrgliedriges Schulsystem auch finanziell negativ aus, weil dort mehrere Schulen betrieben werden müssten, statt einer gemeinsamen.

Vorteile im mehrgliedrigen Schulsystem erkennen wir nicht, solange es in Schulen eine gute Binnendifferenzierung mit individuellem Lernen gibt und eine Vielzahl an Schultypen (z.B. Demokratische Schulen, mehrsprachige und internationale Schulen etc.) gibt. Wenn Sie Vorteile sehen, die uns nicht bewusst sind, würden wir uns aber über eine Rückmeldung Ihrerseits freuen.

6. Verfasste Studierendenschaft/Politisches Mandat

6.1 Welche Rolle sollten Studierende Ihrer Meinung nach bei den Entscheidungsprozessen einer Hochschule spielen?

Hochschulen sind ein prägender und umfassender Bestandteil des Lebens von Studierenden und sind deswegen als ihr Lebensraum zu begreifen, dessen Gestaltung und Nutzung ihnen stets offen stehen muss.

Daher spielt die Mitwirkungsmöglichkeit der Studierenden eine große Rolle für uns. Wie in anderen Politikfeldern auch halten wir die Mitsprachemöglichkeit der Betroffenen an den Entscheidungsfindungen ihres Lebensbereiches als ausgesprochen wichtig.

Zur Frage, wie weit die Mitbestimmung reicht oder wie die Entscheidungsprozesse im Details gestaltet werden sollen, gibt es über unsere Landesverbände hinweg noch kein einheitliches Konzept.

6.2 Haben Sie die Absicht, die Verfasste Studierendenschaft bundesweit verpflichtend gesetzlich festzuschreiben?

Dazu haben wir leider noch keinen Beschluss.

6.3 Wie stehen sie zur Pflichtmitgliedschaft von Studierenden in der Verfassten Studierendenschaft?

Dazu haben wir leider noch keinen Beschluss, halten dies aufgrund der geringen finanziellen Folgen auch nicht für primär entscheidend

Die Pflichtmitgliedschaft in verfassten Studierendenschaften, bedeutet im Grunde nur, dass man einen Beitrag pro Semester bezahlt. Man wird zu nichts weiter gezwungen. Im Grunde geht es am Ende um eine solidarische Finanzierung von Leistungen der VS.

An der FU Berlin sieht das etwas so aus:

- **8,70 €**, davon 7,50 € als Beitrag zur Studierendenschaft und 1,20 € zur Finanzierung des Semesterticketbüros

Also im Grunde geht es darum, ob man 8,70€ im Semester extra bezahlt. Darüber kann man durchaus streiten, aber es scheint kein wirklicher Punkt für eine politische Stellungnahme zu sein.

6.4 Wie stehen Sie zur Grenzziehung zwischen "Hochschulpolitik" und "Allgemeinpolitik" beim Mandat der Verfassten Studierendenschaft?

Dazu haben wir leider noch keinen Beschluss.

6.5 Wie planen Sie die Einbindung von studentischen Interessenvertretungen in bildungspolitische Debatten?

Die Partizipation der Betroffenen in politische Prozesse von Anfang an ist uns wichtig. Das kann auf gewohnte Weisen, bei Treffen und in Anhörungen, geschehen. Wir finden es aber auch wichtig, persönlich die Interessenvertretungen aufzusuchen sowie neue Formen der Beteiligung wie mit unserem Partizipationswerkzeug "LiquidFeedback" zu nutzen.

7. Internationale Bildungspolitik

7.1 Wie wirken Sie auf ein EU-Budget zur Finanzierung europäischer Bildungspolitik/Erasmus hin?

Dazu haben wir leider noch keinen Beschluss.

7.2 Inwieweit soll die Umsetzung des Bologna-Prozesses begleitet werden? Wie ernst nehmen Sie die Ergebnisse der BFUG und der nationalen Bologna AG?

Auch hier können wir leider noch keine verbindlichen Ergebnisse benennen.

7.3 Wie stehen Sie zur Öffnung des Marktes für Akkreditierungsagenturen in Europa?

Wir setzen uns für einen europäischen Hochschulraum ein, weshalb wir dies prinzipiell sinnvoll finden. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass dennoch auf die Gegebenheiten vor Ort eingegangen werden kann.

7.4 Wie stehen Sie zum Bildungsvizum für nicht-EU-Bürger?

Wir setzen uns für eine mobilitätsfreundliche Visapolitik ein, die z. B. Lernen und Arbeiten von Menschen aus Drittstaaten erleichtert. Dieses Konzept muss auch auf europäischer Ebene etabliert und nationale Regelungen harmonisiert werden.

7.5 Wie stehen Sie zur Akademisierung verschiedener Ausbildungsberufe?

Wir sehen dies kritisch. Generell muss eine möglichst niedrigschwellige Möglichkeit bestehen, Bildung zu erlangen. Insbesondere, wenn sich Ausbildungsinhalte nur künstlich oder gar nicht verwissenschaftlicht haben, sehen wir keine Notwendigkeit.

7.6 Wie wollen Sie die Ministerialkonferenz 2015 in Armenien begleiten und was sind Ihre Zielsetzungen für eine solche Konferenz?

Zwar gehen wir davon aus, nach der kommenden Bundestagswahl im Parlament vertreten zu sein. Momentan konzentrieren wir uns darauf.

7.7 Was wollen Sie dafür tun, die Ziele der Mobility-2020-Strategie zu erreichen?

Wir danken für den Hinweis und werden uns eindringlich mit dieser Thematik beschäftigen. Zur Zeit können wir noch keine Aussagen treffen.

7.8 Welche Rolle hat für Sie der „Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.“ (DAAD) im Rahmen des Bologna-Prozesses?

Diese Detailbetrachtung ist noch in Arbeit. Daher können wir keine Aussagen dazu treffen.

7.9 Wie stehen Sie zum Verein UniAssist e.V. und zur Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen im Allgemeinen?

Mit UniAssist e.V. haben wir uns bisher nur oberflächlich beschäftigt. Da wir der Meinung sind, dass ausländische und inländische Studierende grundsätzlich gleich behandelt werden sollten, können wir die fzs-Kritik an den erhöhten Gebühren für ausländische Studierende nachvollziehen.

Wir teilen außerdem die in diesem Zusammenhang erhobene fzs-Forderung nach gebührenfreien Sprachkursen. Zur Zeit wird die Kursgebühr für die verpflichtenden Deutschkurse für Zuwandernde bis zum Sprachniveau B1 übernommen, wenn diese nicht in der Lage sind, die Kursgebühr aufzubringen (z. B. ALG II beziehen). Dieses Sprachniveau reicht gerade aus, um einfachen Berufstätigkeiten nachzugehen. Für ein Studium jedoch ist zum Beispiel das höhere Niveau C2 Voraussetzung. Wir fordern, dass die Sprachkurse generell kostenfrei sind, um Inklusionsbarrieren abzubauen oder dass zumindest die Kursgebühren für Bedürftige auch für weiterführende Kurse übernommen werden.

Wir setzen uns für die Erleichterung der Anerkennung ausländischer Diplome und Zertifizierungen ein. In vielen Ländern ist z.B. die hier traditionelle duale Berufsausbildung nicht üblich. Das ist vor allem problematisch für ausländische Arbeitnehmer, die schon mehrjährige fundierte Berufserfahrung haben. Für die Anerkennung von nicht formalisierten beruflichen Erfahrungen, Qualifikationen und besonderen Fähigkeiten aus anderen Ländern sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Wir setzen uns ein für diskriminierungsfreie Prüfinhalte, die interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit wertschätzen. Gerade in Anbetracht der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in den EU Ländern herrscht hier besonders dringender Handlungsbedarf. Das ist aber keine einseitige Maßnahme. Auch Deutschland profitiert, wenn ausländische Abschlüsse und Berufserfahrungen anerkannt werden, da sich damit die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auffangen lassen.